

Linke Fachschaft 03

Info 14

Hochschulfinanzen, Uniwahlen

Mai 2003

Lifa03@students.uni-marburg.de

www.students.uni-marburg.de/~Lifa03

Teile und spare

Hochschulfinanzierung im Umbruch

In den Zeiten leerer öffentlicher Kassen muss gespart werden. Zwar nicht überall – die Steuern für Vermögen und Unternehmen bleiben niedrig –, aber dort, wo das viele Geld sitzt: bei Arbeitslosen, abhängig Beschäftigten, bei den öffentlichen Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich. So wird auch bei den staatlichen Hochschulen weiter gekürzt.

Neben der Erhebung von Studiengebühren scheinen den Verantwortlichen auch die Schließung von Fachbereichen, Zulassungsstopps für StudentInnen sowie das Einwerben von Geld aus der privaten Wirtschaft adäquate Mittel zur Krisenbewältigung zu sein. In allen Bundesländern läuft der Prozess ähnlich ab: »unproduktive« Fächer sollen auf den Prüfstand bzw. zentral zusammengelegt werden, Hochschulen kriegen die Mittel gekürzt, um im Gegenzug Fördermittel nur dorthin zu vergeben, wo eng mit der Wirtschaft kooperiert wird.

Hochschulreform nach Interesse der Privatwirtschaft

Die Bedürfnisse der Privatwirtschaft nach für bestimmte Berufe ausgebildetem Nachwuchs sind es dann auch, an denen sich Hochschulreformen orientieren. Dieses Programm ist im Grunde auch nichts neues, bereits die Öffnung der alten Universitäten für größere Zahlen an StudentInnen gegen Ende der 1960er Jahre ging auf einen Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften zurück. Weitere mögliche Begründungen für staatliche Bildungspolitik – etwa das Bildungsinteresse der (potenziellen) StudentInnen, Erkenntnisinteresse zum Zwecke gesellschaftlicher Entwicklung, Forschungsinteresse – rücken in den Hintergrund, die Anforderungen der Privatwirtschaft werden verabsolutiert. Eine eigenständige Bildungspolitik ist immer weniger erkennbar – unabhängig von der Wirtschaftspolitik war sie in der BRD aber auch bisher nicht, neu ist lediglich das Ausmaß des privaten Einflusses. Reinhard Kühnl beschrieb diese Entwicklung 1994 wie folgt: »Diese Zurechtweisung von Hochschule und Studium beschädigt genau die Potenziale, die Wissenschaft zur Problemlösung erbringen könnte: die Erkenntnis- und der Humanisierungspotenziale.«

Ein Mittel zur Umsetzung dieser Anpassung an das Kapital ist die Differenzierung der Studiengänge in niedrige (für die berufliche Anwendung) und höhere (für hochqualifizierte Tätigkeiten, für Wissenschaft etc.). Bereits in den 1960er Jahren empfahlen ExpertInnen solche Maßnahmen, tatsächlich umgesetzt werden sie erst jetzt in Form von Bachelor- und Master-Studiengängen.

Wettbewerb und Differenzierung

Wie überhaupt an allen Stellen der Universität Wettbewerb als Instrument zur Steuerung eingeführt wird (Wettbewerb zwischen Unis, zwischen Fachbereichen, zwischen Lehrenden), so sollen auch die StudentInnen sich einem Ausleseprozess unterwerfen, um zu entscheiden, wer ein Master-Studium absolvieren darf bzw. kann. Die Träume z.B. von Dirk Käsler (Soziologie), sich seine StudentInnen selbst aussuchen zu dürfen, rücken in greifbare Nähe; die Auswahl durch Fachbereichskommissionen oder einzelne ProfessorInnen ist ein gewolltes Mittel in den derzeitigen Hochschulreformen und -umstrukturierungen.

Differenziert wird aber nicht nur zwischen den StudentInnen. Auch zwischen den einzelnen Hochschulen, Hochschultypen und Abschlüssen soll es zu einer größeren Differenzierung kommen. Ein erklärtes Ziel ist beispielsweise die Einführung von Elite-Universitäten. Diese sollen entweder privat finanziert werden (die bisherigen Beispiele zeigen, dass die privaten Hochschulen in Deutschland massiv mit staatlichen Mitteln unterstützt werden und von einer eigenständigen Finanzierung keine Rede sein kann) oder sich aus einzelnen staatlichen Hochschulen herausbilden. In Berlin träumen die LandespolitikerInnen – die, die zur Zeit die Unis kaputtsparen, so dass z.B. die Humboldt-Uni

einen generellen Zulassungsstopp verhängen will – von einer Elite-Uni für den Management-Nachwuchs, die in direkte Konkurrenz zu ›internationalen Spitzen-Universitäten‹ treten soll. Studiengebühren von mehreren zehntausend Euro pro Jahr sollen fällig werden. Allerdings konnte immer noch nicht die anvisierte Immobilie – das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR – angemietet werden, so dass wir auf diese Errungenschaft der Bildungspolitik wohl noch ein Weilchen warten müssen.

Doch was genau ist die Rolle des Wettbewerbs bei der Umgestaltung der Hochschulen? Neben der allgemeinen Präferenz für das freie Spiel der Marktkräfte scheint auch die Frustration über mangelnden Einfluss die PolitikerInnen dazu getrieben zu haben, nun zu einer Form der indirekten Steuerung überzugehen. Geld bekommt eben nur noch diejenige Hochschule, die sich im Wettbewerb, z.B. um Drittmittel, behauptet. Bereits jetzt ist bei der Neubesetzung von Stellen die Erfahrung der KandidatInnen mit dem Einwerben von Drittmitteln ein wichtiges Kriterium. Das ganze nennt sich dann »leistungsbezogene Mittelvergabe«. Die vorher so unbeeinflussbar erscheinenden WissenschaftlerInnen müssen sich nun beugen, den Marktanforderungen anpassen oder die Schließung ihrer Fachbereiche, Projekte o.ä. verantworten. Diesem Gedanken entspringt im übrigen auch die heute – von einigen – so gern betriebene Evaluation von Lehrveranstaltungen, mit der die ›Leistung‹ der Lehrenden gemessen werden soll.

Entdemokratisierung der Uni

Da jedoch die Unigremien in solchen Fragen nicht entscheidungsfähig waren – weder verzichtet ein Fachbereich von sich aus auf Mittel, noch ist Professor X bereit, seine Stelle oder einen Teil ihrer Ausstattung aufzugeben, weil er angeblich unproduktiv ist – ist die Entdemokratisierung der Hochschulen, wie sie in

Hessen v.a. seit dem Regierungswechsel zur CDU/FDP-Regierung zu beobachten war, nur folgerichtig. Nun entscheiden einzelne Verantwortliche als PräsidentIn oder DekanIn vieles alleine.

Eine neue Form der Steuerung

Dass sich nun aber der Staat ganz aus dem Hochschulbereich zurückzieht, ist nicht zu erwarten. Zwar werden momentan Bürokratie und Demokratie abgebaut, Entscheidungsstrukturen gestrafft und weite Bereiche einem Wettbewerb frei gegeben. Die Rahmenbedingungen, unter denen das geschieht, und die Kriterien, welche ›Leistungen‹ denn bei der ›leistungsbezogenen Mittelvergabe‹ wie berücksichtigt werden, werden immer noch durch den Staat, in diesem Fall durch die Landesregierungen festgelegt.

Ähnlich wie in der Wirtschaftspolitik bewegt sich der Staat in einem Spannungsverhältnis zwischen freiem Markt (Hochschulautonomie) und staatlicher Intervention bzw. Planung. Im Moment sieht es danach aus, als ob zwar der Einfluss von Drittmitteln aus der Privatwirtschaft zunehmen wird, solche Effekte aber immer noch vom Staat gelenkt oder verstärkt werden, z.B. durch die Zugabe eines bestimmten Prozentsatzes zu eingeworbenen Drittmitteln. Mit diesem Verfahren wird formell an einer staatlichen Bildungspolitik festgehalten. Eine Wissenschaft, die kein relevantes Marktinteresse bedient, die gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge im Auge hat oder evtl. sogar die Marktmechanismen an sich kritisch hinterfragt, wird große Schwierigkeiten haben, überhaupt weiter existieren zu können.

Eine solche Entwicklung ist selbstverständlich nicht alternativlos. Sie ist politisch gewollt und deswegen auch änderbar.

Aufruf zu den Wahlen

Vom 1. Juli bis 3. Juli 2003 sind Wahlen zu den Fachschafts- und Fachbereichsräten, zum StudentInnenparlament und zum Senat (in Fachbereichsrat und Senat werden nur die studentischen Mitglieder neu gewählt).

Wählt *Lifa03 – Linke Liste* bei den Wahlen zu Fachschaftsrat und Fachbereichsrat des FB 03.

Wählt die *Feministische FrauenLesben-Liste* oder die *Linke Bündnisliste* bei den Wahlen zum StudentInnenparlament.

Mehr Infos zu den Gremien und ihrer Bedeutung in unserem Info 10 »Was wird hier eigentlich gewählt?«, im Internet unter <http://www.students.uni-marburg.de/~Lifa03/flugis.htm> einsehbar.